

# FÜNF FRAGEN

## ZUR EUROPÄISCHEN SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

AN CAROLYN MOSER



**Frau Moser, Cyberattacken, Wahlbeeinflussung und militärische Drohungen: Welchen Gefahren sind die Mitgliedstaaten und die EU als Ganzes derzeit ausgesetzt – oftmals ohne sich dessen bewusst zu sein?**

74 CAROLYN MOSER: Der Strategische Kompass der EU von März 2022 beschreibt die heutige Gefahrenlage recht treffend. An vorderster Stelle wird Machtpolitik als Bedrohung benannt. Zudem ist die Territorialverteidigung wieder relevant. Terrorismus und Extremismus bleiben ebenfalls akut. Und dann sind da natürlich noch die hybriden Angriffe. Die Gefahren, für deren Abwehr generell die Mitgliedstaaten zuständig sind, sind also vielfältig. Zugleich ergreifen auch EU-Institutionen sowohl rechtliche als auch politische Maßnahmen – Sanktionen werden auf EU-Ebene verhängt – oder geben wichtige Impulse, wie jüngst in der Rüstungsindustrie.

**Die scheidende Kommission arbeitet an einem Defence-of-Democracy-Package. Welchen Schutz sieht dieses Paket vor, und wie bewerten Sie es?**

Das Paket will demokratische Institutionen und Prozesse in der EU vor ausländischer Einflussnahme schützen. Einfallstore für eine solche Einflussnahme sind Lobbyismus und Parteienfinanzierung. Deshalb schlägt das Paket vor, eine einheitliche Transparenzregelung bezüglich Interessenvertretern aus Drittstaaten einzuführen, und macht auch Vorschläge zur transparenteren Parteienfinanzierung. Generell sollten

wir uns in der EU stärker gegen Akteure, unter anderem aus Drittstaaten, wappnen, die unsere demokratischen Grundfesten und unsere Gesellschaftsordnung zunehmend angreifen.

**Sollte Ursula von der Leyen eine zweite Amtszeit als Kommissionspräsidentin bekommen, will sie eine Verteidigungskommissarin oder einen -kommissar ernennen. Was halten Sie davon?**

Das ist sinnvoll, um Verteidigungsfragen in der EU aufzuwerten. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat wie ein Elektroschock gewirkt. Nun will man die EU und ihre Mitgliedstaaten so schnell wie möglich verteidigungsfähig machen. Verteidigung bleibt in der EU jedoch eine Angelegenheit der Mitgliedsstaaten. Die Europäische Kommission ist sozusagen nur Zaungast – außer bei der Rüstungsindustrie. Wenn es nach der Kommission geht, sollen Rüstungsgüter zukünftig vorrangig gemeinsam und in der EU beschafft werden, was ein echter Paradigmenwechsel ist. Das neue Kommissionsmitglied hätte also einiges zu tun.

**Wie sind wir in Europa im Angriffsfall geschützt? Gibt es ein europäisches Befehlskommando?**

Im Falle eines Angriffs gilt das Selbstverteidigungsrecht, das auch eine kollektive Dimension beinhaltet. Andere Staaten können dem angegriffenen Staat also Hilfe und Unterstützung leisten beziehungsweise müssen dies im Rahmen bi- oder multilateraler Bei-

standsklauseln sogar. Die wirkmächtigste Beistandsklausel ist die der Nato, weil sie einen nuklearen Schutzschirm durch die USA bietet. Auch die EU verfügt über eine Beistandsklausel, aber ihre militärischen Strukturen sind rudimentär. Das kann sich jedoch ändern, wenn die transatlantischen Sicherheitsgarantien an Kraft verlieren.

**Könnte Frankreich im Verteidigungsfall Nuklearwaffen abgeben und einem EU-Befehlskommando unterstellen?**

Grundsätzlich kann ein Staat, der einem angegriffenen Staat Unterstützung leistet, frei über die eingesetzten Mittel entscheiden. Diese können humanitäre Hilfe, logistische Unterstützung, Waffenlieferungen, Kampfhandlungen und eben auch nukleare Verteidigung umfassen. Atomwaffen können angesichts bestehender völkerrechtlicher Verpflichtungen nicht einfach geteilt werden – dazu sind die meisten Atomstaaten auch nicht bereit. Seit dem Brexit ist Frankreich die einzige Nuklearmacht in der EU und auch die einzige in Europa, die unabhängig von den USA agieren könnte. Daher wird nun diskutiert, ob Frankreich seine nukleare Abschreckung mit anderen EU-Staaten teilen würde und zu welchen Konditionen. Von einer europäischen Atombombe sind wir aber weit entfernt ...

*Interview: Michaela Hutterer*

Carolyn Moser ist Forschungsgruppenleiterin am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht.